

Gesellschaft für Zeitgeschichte e.V.

Marbacher Gasse 40
99084 Erfurt
Tel/Fax 0361/5624520
mail: post@gesellschaft-zeitgeschichte.de
www.gesellschaft-zeitgeschichte.de
16. Dezember 2008

An
Herrn Ministerpräsident
Dieter Althaus
Staatskanzlei
Regierungsstraße 73
99084 Erfurt

Dokument6 2 Seite(n)

[Ihre Zeichen/Ihre Nachricht vom] [Unsere Zeichen/Unsere Nachricht vom] Telefon

Betreff: Gedenkstätte Andreasstraße Erfurt

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie Ihnen bekannt ist, setzten wir uns für die Einrichtung einer Gedenkstätte in der ehemaligen U-Haft-Anstalt Andreasstraße Erfurt ein. U.a. haben wir dazu in den Jahren 2005 bis 2007 uns aktiv an der Durchführung der Projekte „Einschluss“ beteiligt (2005 als Träger) und 2007 eine Konzeption für eine künftige Gedenkstätte erarbeitet. Wir hatten aber aus Gründen, die unten noch erläutert werden, nie eine (alleinige) Trägerschaft der künftigen Einrichtung angestrebt.

Nachdem die von der Thüringer Landesregierung eingesetzte Expertenkommission zur Einrichtung einer Gedenkstätte in der Andreasstraße Erfurt und der Aufarbeitung der SED-Diktatur im Herbst 2008 ihr Arbeitsergebnis vorgelegt hat, hatten wir erwartet, dass entsprechend den Empfehlungen schnell eine Entscheidung zur Einrichtung der Gedenkstätte getroffen wird. In diese Empfehlung ist in wesentlichen Teilen die durch uns erarbeitete Gedenkstättenkonzeption eingeflossen.

Es hatte dazu am 22. 10.2008 ein Treffen auf Einladung des Kultusministeriums gegeben, wo die Ergebnisse der Expertenkommission vorgestellt und weitere Schritte beraten wurden, insbesondere eine Vereinbarung über eine Zusammenfassung des Bedarfes für die Aufarbeitungslandschaft und die künftige Gestaltung des von der Kommission empfohlenen „Geschichtsverbundes“.

Verwundert hat uns, dass parallel dazu zum selben Thema zu einem Treffen bei der Landesbeauftragten am 4. 11. eingeladen wurde. Bei diesem Treffen wurden die Ergebnisse der Expertenkommission in Bezug auf die Trägerschaft der Gedenkstätte Erfurt offensichtlich ignoriert, jedenfalls war die Stiftung Ettersberg als avisierter Träger nicht eingeladen.

Da wir aus zeitlichen (beruflichen) Gründen nicht an der Veranstaltung der TLSTU teilnehmen konnten, hatten wir uns schriftlich dafür entschuldigt. Im gleichen Schreiben hatten wir mitgeteilt, dass wir es für sehr ungünstig halten, wenn es zu einer parallelen Erstellung des Bedarfes für die Aufarbeitung der Initiativen und Einrichtungen kommt, weil dies Irritationen schafft, die der Arbeit für die Aufarbeitung schaden können. Wir baten dringend darum, im Interesse der Zusammenarbeit aller

mit der Aufarbeitung der DDR-Diktatur befassten Initiativen unverzüglich zu einer gemeinsamen weiteren Arbeit zu kommen.

Inzwischen sind wir darüber informiert worden, dass seit einiger Zeit eine Projektgruppe für die bauliche Vorbereitung der Gedenkstätte tagt, an der neben der Landesbeauftragten auch der Verein „Freiheit e.V.“ als möglicher Trägerverein beteiligt ist. Dies ist für uns unverständlich, da

1. das im Gegensatz zu den Empfehlungen der Expertenkommission steht und
2. wenn es um die Konzeption der Gedenkstätte geht, ist nicht nachvollziehbar, warum wir nicht eingeladen wurden.

Wir bitten darum, uns über die Gründe dieser Verfahrensweise aufzuklären und ggf. diese zu verändern.

Auch nach außen wird von der Landesbeauftragten immer nur der Verein „Freiheit e.V.“ als möglicher Trägerverein dargestellt. Auch die Expertenkommission hat in der Anhörung Ihre Bedenken ausgedrückt, die Trägerschaft einem Verein zu überlassen, der vorwiegend oder ausschließlich die Interessen von Opfern der SED-Diktatur vertritt, genauso wenig wie einem Verein, der die von Akteuren der friedlichen Revolution vertritt.

Unter anderem aus diesem Grund haben wir, wie schon erwähnt, zu keinem Zeitpunkt eine Trägerschaft dieser künftigen Gedenkstätte angestrebt, sondern uns immer dafür ausgesprochen, sowohl Opfer als auch Akteure des friedlichen Umsturzes der DDR in einem Beirat für die Arbeit der Gedenkstätte und in der konkreten Durchführung der Bildungsarbeit als Zeitzugeen und Referenten zu beteiligen. Dies entspricht den allgemein anerkannten Grundsätzen einer wissenschaftlich fundierten museumspädagogischen Arbeit für eine solche Einrichtung. Die Expertenkommission hat sich in gleicher Weise für die Einbeziehung und Beteiligung ausgesprochen und wir wissen uns auch mit anderen Aufarbeitungsinitiativen darüber in Übereinstimmung.

Wir weisen in diesem Zusammenhang auch auf das Schreiben des Thüringer Archives für Zeitgeschichte ThürAZ zur Einrichtung des Geschichtsverbundes hin. Dieses wie auch andere Äußerungen unterstützen eindeutig die Empfehlungen der Expertenkommission.

Im Interesse einer qualifizierten und gesicherten weiteren Arbeit zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Thüringen bitten wir deshalb dringlich, sobald wie möglich

- die Entscheidung der Trägerschaft der Stiftung Ettersberg für die Gedenkstätte Andreasstraße Erfurt zu fällen,
- einen Beirat für die Gedenkstätte zu berufen, zum dem u.E. unbedingt „Freiheit e.V.“, „Gesellschaft für Zeitgeschichte e.V.“ dazu gehören
- die Arbeit an einem Geschichtsverbund im Sinne der Überlegungen des Thüringer Archives für Zeitgeschichte zu beginnen
- die Finanzierung der Einrichtungen dieses Geschichtsverbundes über 2009 hinaus zu sichern

Barbara Sengewald
Vorsitzende

Zur Kenntnis an
Herrn Staatssekretär Bauer-Wabnegg, Kultusministerium